

Linke und Arbeiterbewegung: Zerschlagt das Nazi-Pack

Unter der Losung "Wir schaffen Arbeit - Bonn schafft nichts" mobilisieren die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) und die Jungen Nationaldemokraten (JN) seit fast einem Jahr zu ihrer geplanten Großdemonstration am 1. Mai in Leipzig. Sie rechnen nach eigenen Angaben mit 10 000 bis 15 000 Teilnehmern und in Anbetracht ihres jüngsten Wachstums v.a. im Osten ist diese Zahl durchaus realistisch. In Sachsen haben sie mittlerweile mehr Mitglieder als Bündnis90/Die Grünen. Wiederholt haben sie ihre Mobilisierungsfähigkeit unter Beweis gestellt: 5 000 brachten sie am 01.03.97 in München auf die Straße, mindestens 4 500 trafen sich am 07.02.98 in der Nibelungenhalle in Passau und in Dresden demonstrierten anlässlich der Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht mehr Nazis als Anti-FaschistInnen. Ein letzter Testlauf, der die Organisationsfähigkeit ihrer Kader bewies, war der 14. März, an dem es gleichzeitig in Lübeck, Saalfeld und Neustrelitz Demonstrationen des "nationalen Widerstands" gab.

Sollte den Nazis am 1. Mai ihr Aufmarsch vor dem pompösen Völkerschlachtdenkmal des preußisch-deutschen Militarismus gelingen, so würde dies den faschistischen Terror in ganz Deutschland gewaltig stärken.

Im letzten Jahr war die NPD-Kundgebung am Völkerschlachtdenkmal mit Rücksicht auf das internationale Prestige der Messestadt Leipzig verboten und polizeilich unterbunden worden. Trotz des am 17.04.98 erstmal ausgesprochenen Verbotes, darf sich darauf nicht verlassen werden. Die zu den Wahlen zugelassene NPD hat ihre Demonstration als Wahlkampfveranstaltung angemeldet. Auch die Signale der Verfassungsschützer etwa aus Sachsen und Sachsen-Anhalt sind da klar: Beklagt wird, die NPD wachse zu einem großen politischen Problem heran, aber ihre Kundgebungen wären diszipliniert, in der Regel friedlich und der eigene Ordnerdienst würde das Zeigen verbotener Symbole unterbinden; d.h. daß kein Grund für ein Verbot der NPD-Aktivitäten gesehen wird.

Nur massive und breite anti-faschistische Gegenmobilisierungen können Nazi-Aufmärsche verhindern, indem sie den Faschisten entschlossen dort entgegentreten, wo sie auftreten wollen.

Polizei - dein Freund und Anti-Faschist?

Einer solchen Gegenmobilisierung steht die Gleichgültigkeit vieler vorgeblich revolutionärer Organisationen im Wege. Genauso hinderlich ist, daß sich auch bei der autonomen Antifa in den letzten Jahren zunehmend eine Politik des heimlichen bis offenen Hoffens auf den Staatsapparat breitgemacht hat. Wem ist nicht der unsinnige Appell an die

Polizei bekannt "Wo wart ihr in Rostock?" Die Frage 'Wo war die Polizei?' ... wurde vielfach zu einem Lamento und zu einem Druckmittel, das Einsätze wie am 16. August direkt oder indirekt gefordert hat" (*Antifaschistisches Info-Blatt* 41/1997).

Auch die angebliche "Antifa heißt Angriff"-AA/BO setzt für den 1. Mai 98 darauf, mit öffentlichem Druck auf die bürgerlichen Politiker den Nazi-Aufmarsch zu verhindern:

"Sollte es gelingen, den antifaschistischen *Druck* so zu erhöhen - im *Vorfeld* oder am Tag selbst - so daß der faschistische Aufmarsch verhindert werden kann, wäre das ein *Erfolg wie im letzten Jahr*" (*AA/BO-Flugblatt*: "1. Mai - Raus auf die Straße!", Hervorhebung von uns).

Die Orientierung auf den "öffentlichen Druck", um Staat und Polizei gegen die Nazis in Bewegung zu setzen, ist typisch reformistisch und zugleich die logische Fortsetzung zweier politischer Fehler des autonomen Antifaschismus. Erstens betreibt die autonome Szene eine politische Selbstisolation von der Arbeiterklasse. Obwohl die autonome "Ersatzavantgarde" längst schon zu schwach ist, um allein noch die Faschisten stoppen zu können, wird *revolutionäre Arbeit* in der Arbeiterklasse, besonders in den Gewerkschaften, unverändert abgelehnt. Zweitens zeichnet autonome Politikansätze ein politisches und theoretisches Unverständnis der Wechselbeziehungen zwischen Bourgeoisie, Staat und Faschisten aus. Die Verbindung zwischen der bei vielen Autonomen beliebten Titulierung des bürgerlich-demokratischen Staates als faschistisch ("SS-SA-SEK") und dem praktizierten Hoffen auf und Appellieren an denselben liegt dabei im moralistischen Vorwurf, daß der bürgerliche Staat eigentlich die Faschisten unterdrücken könne, aber nicht wolle. Damit wird dann der bürgerliche Staat zum Adressaten autonomer Haßliebe und Politik, was einer Orientierung auf die Arbeiterbewegung entgegensteht. Diese einschläfernde Rechnung schien ein paar mal aufzugehen - z.B. am 1. Mai 1997 oder bei den polizeilich weitgehend unterbundenen Rudolf-Hess-Gedenkmärschen am 16. August 1997. Nun droht sie sich bitter zu rächen.

Kapital, Staat und Faschisten

Der grundlegende Irrtum dieses Kalküls liegt schon in der Annahme, das zeitweilige und punktuelle Vorgehen des Staatsapparates gegen Faschisten sei eine Folge des anti-faschistischen Drucks. Nach den Brandanschlägen, der durchgesetzten De-facto-Abschaffung des Asylrechts und der erfolgreichen Etablierung eines demokratischen Staatsapparates ging der Staat zu den Nazis ab 1993 taktisch auf Distanz. Der Nazi-Pöbel hatte seinen Zweck erfüllt, der de-

mokratische Staatsrassismus von CDU/CSU bis Rot-Grün funktioniert(e) und die Arbeiterklasse ist auf dem Rückzug - "freiwillig", d.h. im Rahmen der demokratischen Diktatur der Bourgeoisie beugte sich die reformistisch dominierte Arbeiterbewegung den Profitinteressen. Gleichzeitig schaden die öffentlichen Großauftritte der Nazis dem internationalen Ansehen, auf das Deutschland für seine außenpolitischen Ambitionen angewiesen war (fester Sitz im Weltsicherheitsrat und Teilnahme an internationalen Militärinterventionen wie in Bosnien). Daher versuchte der bürgerlich-demokratische Staat die Faschisten z.T. aus der Öffentlichkeit in die Reserve zurückzudrängen. Für die imperialistische Bourgeoisie ist die Regierung des faschistischen Pöbels der letzte Ausweg, das letzte As im Ärmel zur Sicherung ihrer Klassenherrschaft - keineswegs der gewünschte Normalzustand.

Entsprechend dieses zweiseitigen Verhältnisses ging der Staat hier und da gegen faschistische Auftritte vor, während gleichzeitig der versteckt gehaltene faschistische Alltagsterror gegen die gemeinsamen Feinde von Nazis und bürgerlichen DemokratInnen, also gegen ImmigrantInnen, Obdachlose, Linke, Punks und Homosexuelle zunahm. Er wurde geduldet, oder - wie im Fall der Ermittlungen wegen des Lübecker Brandanschlages auf ein Asylbewerberheim - durch einseitige Ermittlungen in die falsche Richtung und die Vernichtung von Beweismaterial aktiv geschützt. Gleichzeitig mit den öffentlichkeitswirksamen Verboten schuf der Staat u.a. durch die "akzeptierende Jugendarbeit" mit rechtsradikalen Jugendlichen die Freiräume, in denen sich der Nazi-Mob sammeln und etablieren konnte, der jetzt am 1. Mai offensiv die Straße erobern will.

Aber auch unabhängig von einzelnen politischen Maßnahmen erzeugt der Kapitalismus durch verschärfte Ausbeutung, Rassismus, Nationalismus, Sozialabbau, Militarismus und den Ruf nach dem starken Staat den Nährboden der Nazis. Die Aufgabe des kapitalistischen Klassenstaates besteht in der Verteidigung von Produktionsverhältnissen, die Ausbeutung, Ruin und Hoffnungslosigkeit für Millionen bedeuten. Das Entstehen einer Nazi-Bewegung ist ein Resultat der Kombination von kapitalistischer Krise, der reaktionären Politik aller bürgerlichen Parteien und der reformisti-

schen Führungen von SPD, PDS und DGB sowie des Versagens der Linken, dem kapitalistischen Generalangriff revolutionär entgegenzutreten. Die opportunistische Anpassung der Linken an die kapitalistische Offensive überläßt Millionen ArbeiterInnen und Arbeitslose der Verzweiflung, an der die Nazis ansetzen. Das Wachstum der Faschisten kann daher durch staatliche Repression gar nicht nach Bedarf an- und ausgeknipst werden. Selbst wenn die Bourgeoisie also die demokratische Form ihrer Klassenherrschaft der faschistischen vorzieht, so nährt doch jeder ihrer Wege zur Erhaltung ihrer zerstörerischen Klassenherrschaft die faschistische Bewegung. So konnten die Faschisten trotz zeitweiliger Repression wachsen.

Während der bürgerliche Staat seit über hundert Jahren strategisch die Linke unterdrückt, ist sein Vorgehen gegen Nazis also vorübergehender taktischer Natur. RevolutionärInnen müssen daher demokratische Rechte für Linke, Arbeiterbewegung, ImmigrantInnen, Frauen, Jugendliche, Homosexuelle etc. gegen den Staat und seine "Innere Sicherheit" entschlossen verteidigen - aber nicht für Faschisten. Weder fordern wir ein Verbot der Nazi-Organisationen, noch beklagen wir deren gelegentliche Repression. Auf die *Wirksamkeit* staatlicher Verbote und Maßnahmen im Kampf gegen den Faschismus zu setzen, ist eine tödliche Illusion.

NPD/JN auf dem Weg zur faschistischen Massenpartei

Heute nimmt die NPD/JN eine Führungsposition in der extremen Rechten ein, obwohl sie noch vor wenigen Jahren vielen als eine politische Altlast erschien. Wähler, Mitglieder und Führungskader starben aus oder wechselten zu Republikanern, Deutsche Liga für Volk und Heimat u.a. und die verbleibenden Mitglieder waren oft nur Karteileichen.

In dieser Situation ging ab 1990 von den JN eine Umstrukturierung zur straffen Kaderorganisation mit Orientierung auf die militante rechte Szene aus. Verbunden mit "autonomen nationalen Kameradschaften" vor Ort bildet sie eine mobilisierungsfähige bundesweite Naziorganisation, die die in viele konkurrierende Kleingruppen zersplitterte faschistische Szene scheinbar erfolgreich zu ihren Gunsten umgruppiert. Anders als viele Linke lassen die JN keinen Zweifel an ihrer Militanz: "Zerschlagt die antideutsche Propaganda! Ständig u. überall" wurde auf ihrem Fronttransparent am 01.03.1997 in München gefordert. Die Mittel zur Zerschlagung und Vernichtung von Arbeiterbewegung, Linken, Juden und Jüdinnen, ImmigrantInnen, Punks, Schwulen/Lesben und allem, was sonst nicht in ihr deutsches Weltbild paßt, organisieren sie sich einerseits systematisch über den Aufbau eines sogenannten Ordnerdienstes, früher hieß das "Schutzstaffel" (SS). Dies wird ergänzt durch den faschistischen Straßenterror an der Basis, dem in den neuen Bundesländern bereits die Errichtung von über 20 "national befreiten Zonen" gelungen ist, d.h. von Stadtvierteln oder Orten, in denen die Nazis faktisch die Kontrolle auf der Straße ausüben und aus denen sie Immigrierte, linke "Zecken" usw. gewaltsam vertrieben haben. Zunehmend gelingt es der NPD/JN und ihrem Umfeld, sich mit ihrer militanten faschistischen Politik garniert mit Sozialdemagogie in der Bevölkerung und im Alltagsleben zu verankern. Der Terror von Rostock, Hünxe und Hoyerswerda hat seine straff organisierte Form gefunden: Aus der NPD droht eine faschistische Massenpartei zu werden.

Vorher waren zumindest seit den 80er Jahren faschistische Gruppen relativ klein und isoliert und was von vielen Anti-FaschistInnen für eine faschistische Massenbewegung

Inhalt:

<i>Linke und Arbeiterbewegung: Zerschlagt ...</i>	S. 1
<i>Rassismus im linken Schafspelz</i>	S. 5
<i>Reprint: BOLSCHEWIK-Extra</i>	S. 6
<i>Vom Lucky-Streik zum Klassenkampf</i>	S. 10
Redaktionsschluß: 19.04.98	



Herausgeber: Gruppe Spartakus
Deutsche Sektion der Internationalen Bolschewistischen Tendenz

Redaktionsanschrift:
Postfach 210 254
10502 Berlin

Erscheint im Selbstverlag

V. i. S. d. P.: J. Berger, 10502 Berlin

Abonnement: 4 Ausgaben (inkl. Extra-Ausgaben) DM 10,-
Übersee DM 15,- (in Briefmarken beilegen) -
(erscheint unregelmäßig)

Signierte Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung der Redaktion.

gehalten wurde, z.B. die Republikaner, war nicht faschistisch. Die Republikaner hatten in ihren besten Zeiten sicherlich mehr Mitglieder als zur Zeit die wiedererstarkte NPD, aber sie waren anders als die NPD in erster Linie ein rechtsradikaler Wahlverein. In ihnen organisierten sich auch Faschisten, um für ihre Ideen zu kämpfen und es bestand die *Möglichkeit*, wenn diese sich durchsetzten, daß aus den Republikanern eine faschistische Partei entstehen könnte. Deshalb traten wir dafür ein, konsequent deren öffentliches Auftreten zu verhindern und sie zu zerschlagen. Die Tendenz, jede rechtsradikale Organisation wie die Republikaner als faschistisch zu bezeichnen, etwa weil das dramatischer und aufsehenerregender klingt, ist jedoch gefährlich: Dem Wachhund, der zu häufig bellt, schenkt man kein Gehör mehr, wenn die Gefahr wirklich vor der Tür steht. So wird zugleich ein verharmlosendes Verständnis des Faschismus verbreitet. Jeder Hauch der Illusion, man habe die Republikaner überlebt und werde auch die NPD überleben, ist tödlich. Für NPD/JN sind Wahlen nur noch eine Nebensache, ihre Hauptaufgabe ist offensichtlich die Organisation des faschistischen Massenterrors.

Was macht die Linke (falsch)?

Das Kräfteverhältnis verschlechtert sich bedrohlich zu Ungunsten der Linken. Diese Gefahr wird nicht (völlig) erkannt. So hat es bislang den Anschein, daß es viele vorgeblich revolutionäre Organisationen vorziehen werden, den DGB-Bürokraten am 1. Mai jeweils vor Ort hinterherzutrotten. Und mit einer Weicheierei autonomer Antifas à la AA/BO, die gleichzeitig nach Leipzig aufruft und eine "Revolutionäre 1. Mai-Demo" in Nürnberg organisieren will, wird der faschistische Vormarsch weder am 1. Mai noch danach aufzuhalten sein. Autonome Spielereien wie das für Leipzig angekündigte "dezentrale Konzept", d.h. der Versuch den Aufmarsch von über 10 000 Nazis mit Kleingruppen "anzugreifen", also *bestenfalls* mal kurz ein wenig zu stören, um sich danach in der Regel in Polizeigewahrsam zu befinden, stehen einer radikalen antifaschistischen Massenmobilisierung von GewerkschafterInnen, Immigrierten und Jugendlichen im Weg. Diese "autonome Avantgarde", ganz gleich wie militant sie auch sein mag, überläßt die Massen damit sich selbst bzw. ihren reformistischen Irreführern von DGB, SPD und PDS. Diese reden zwar jetzt auch noch von Verhinderung, werden aber wahrscheinlich nach einem Verbot ihrer Aktion am Völkerschlachtdenkmal gestreut ihre Basis ans andere Ende der Stadt mobilisieren, um dort händchenhaltend das "andere", "bessere" und "anständige" Deutschland zu beschwören. Ihr Vorgehen im letzten Jahr beweist die Impotenz der Reformisten: Gegen den geplanten Nazi-Aufmarsch am 1. Mai 1997 mobilisierten sie zu einer Menschenkette um Leipzig!

Die Aufgabe von RevolutionärInnen ist es, im antifaschistischen Kampf auch die Einheitsfront mit den reformistischen Führungen von Gewerkschaften, SPD und PDS zu suchen, um sie in der Aktion mit "ihrer" Basis zu testen. Dabei verlassen sich RevolutionärInnen nicht im geringsten auf die BürokratInnen, sondern suchen selber die Verbindung zur Basis, um diese auch gegen ihre Funktionäre zu einem entschlossenen anti-faschistischen Auftreten, z.B. zur Verhinderung des NPD-Aufmarsches, zu mobilisieren. Auf Dauer und wirkungsvoll ist das nur möglich, wenn RevolutionärInnen in den Gewerkschaften den konsequenten Kampf gegen deren reformistische Führung aufnehmen (s. *BOLSCHEWIK* 9). Im Kampf gegen Rassismus und Faschismus treten wir für den *Aufbau gewerkschaftlich organisierter (Selbst-)Verteidigungskomitees* ein, die auch Im-

migrantInnen, SchülerInnen und StudentInnen im gemeinsamen Kampf integrieren und sie so mit der Arbeiterklasse verbinden. Solche Komitees können eine wichtige Rolle spielen bei der anti-faschistischen Mobilisierung der Massen. Verwirklicht werden können sie aber nur, indem RevolutionärInnen sie in den Gewerkschaften gegen die Bürokraten aufbauen und durchsetzen.

"Wer vom Kapitalismus nicht reden will, sollte vom Faschismus schweigen!"

In Anbetracht der Aufgabe einer anti-faschistischen Massenmobilisierung unterschreibt das "Bündnis gegen Rechts in Leipzig" seinen Abschied vom Proletariat und damit seine politische Bankrotterklärung, wenn es am Ende seines Auftrages erklärt:

"Denn angesichts der gesellschaftlichen Situation müssen wir konstatieren, daß es kaum noch möglich ist, das Thema der sozialen Frage mit Erfolg von links zu thematisieren" (Aufruf zu Gegenaktivitäten zum Naziaufmarsch am 1. Mai in Leipzig, ohne Datum).

Die Erfolge der NPD bei der Ausnutzung der "sozialen Frage" liegen jedoch nicht einfach in objektiven gesellschaftlichen Verhältnissen, sondern zentral im politischen Versagen der Linken. Der NPD nützlich sind dabei auch "Ostalgie" und dumpfe ostdeutsche Bodenständigkeit, mit denen die PDS die "Wendeverlierer" füttert. Die NPD versteht es geschickt, die Kombination von kapitalistischer Krise und politischem Bankrott der Linken für sich zu nutzen. Dabei kann sie gut an dem reformistischen Unsinn der PDS anknüpfen, die Schuld für die Krise dem "raffenden" Spekulationskapital an Börse und Finanzmärkten zuzuschreiben und damit von der eigentlichen Ausbeutung durch das "schaffende" Kapital in der Produktion abzulenken. Die Unterscheidung von "bodenständigem schaffenden" Kapital und "vaterlandslosem raffenden" Kapital nutzen die Faschisten konsequent, um ihre Sozialdemagogie mit dem Kernstück völkischen Denkens, dem Antisemitismus, zu verbinden.

Gerade die Sozialdemagogie der NPD und deren Überschneidung mit ganzen Teilen des reformistischen PDS-Programms (etwa gegen das Spekulationskapital, für die soziale Bindung des Eigentums, die Beteiligung der Beschäftigten am Betriebsvermögen und für ökologisch-soziale Beschäftigungsprogramme ohne Arbeiterkontrolle) machen sprichwörtlich deutlich, daß Anti-Faschismus mehr sein muß als nur militant, nämlich revolutionär anti-kapitalistisch. Nur die revolutionäre und internationalistische Mobilisierung der Arbeiterklasse kann den Faschismus zerschlagen - durch die Überwindung des Kapitalismus.

Kampf dem National-"Sozialismus"

Der neue Bundesvorsitzende der NPD, Voigt, gab am 07.02.98 in Passau die politische Marschroute aus, "mit der Verbindung von sozialer und nationaler Frage die deutschen Arbeiter für die NPD zu begeistern". In diesem Sinne beteiligt sich die NPD mit der Parole "Sozialismus ist machbar - Arbeitsplätze zuerst für Deutsche" in den neuen Bundesländern auch an den monatlichen Arbeitslosenprotesten.

Massenarbeitslosigkeit und sinkender Lebensstandard sind in der Tat die zentralen Probleme, auf die weder SPD noch PDS eine Antwort wissen. Nationalismus jeglicher Couleur - von "Standort Deutschland" bis hin zu faschistischer Volksgemeinschaft - führt nur zum Krieg um Absatzmärkte und imperialistische Einflußbereiche. Der kapitalistischen Barberei kann nur die internationale sozialistische Revolution ein Ende setzen.

Die einzig konsequente Antwort im Interesse der abhängig Beschäftigten ist eine massive Arbeitszeitverkürzung bis zur *Verteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich!* Wird das ganze Problem so aufgefaßt und auf Kosten des Kapitals gelöst, dann kann auch die Zuwanderung nicht als Problem verkauft werden. Eine solche Forderung läßt sich aber gegen das Kapital und seinen Staat nur durchsetzen, wenn die ArbeiterInnen sich nicht spalten und gegeneinander ausspielen lassen. Dazu ist es dringend nötig, *volle Staatsbürgerrechte für alle ImmigrantInnen* (egal woher und wann sie eingewandert sind) zu fordern und alle Einwanderungsbeschränkungen zu bekämpfen. Nur so sind besonders "Illegale" zu schützen vor einer Superausbeutung, die das Kapital zur allgemeinen Lohnsenkung nutzt. Nur so ist auch ein gemeinsamer Kampf und eine gemeinsame gewerkschaftliche und politische Organisierung mit *allen* Immigrierten möglich. Entgegen der nationalistischen Propaganda können auch deutsche ArbeiterInnen nur gemeinsam mit den oft kämpferischen und klassenbewußten KollegInnen gewinnen. Um nicht von den demokratischen Staatsrassisten wie von National"revolutionären" zur Schlachtbank geführt zu werden, muß die Arbeiterklasse konsequent Internationalismus und Klasse gegen "Nation" und "Rasse" verteidigen.

Diese Politik kann nur vom Interessenstandpunkt der Bosse und Bonzen abgelehnt werden. Genau diesen vertreten aber GewerkschaftsbürokratInnen, SPD und letztlich auch die PDS. Die NPD bekämpft radikal eine solche Lösung der "sozialen Frage", da auch sie politisch dem Kapital verpflichtet ist - egal wie scheinbar antikapitalistisch sie dahertönt. Wie einst die NSDAP ködert die NPD die Massen mit wohltonenden Versprechungen, während sie jeden konkreten Widerstand gegen die Angriffe des Kapitals gewaltsam bekämpf(t)en. Das für die Nazis Praktische an ihren Versprechungen ist der Umstand, daß niemand sie mehr zwingen kann diese einzuhalten, wenn es ihnen erst einmal gelungen ist, die organisierte Arbeiterbewegung zu zerschlagen und ihre faschistische Diktatur zu errichten.

Ideologisch bedeutet der Faschismus die Hirnverrenkung der KleinbürgerInnen und der von sozialem Abstieg Bedrohten im Interesse ihres schlimmsten Feindes - des Großkapitals, das sie ruiniert. Dieser Vorgang kann natürlich nicht in Reinform vor sich gehen: Die Einheit der vom Großkapital ruinierten mit selbigem ist eben keine vernünftige Einheit, sondern eine auf reaktionärer Verblendung beruhende. Rassismus und Nationalismus sind Mittel dieser Hirnverrenkung, mit denen die Wut von den wahren Ursachen und Verursachern auf Sündenböcke abgelenkt wird. Dabei können die Nazis ausgezeichnet an den rassistischen Vorlagen der Bonner Parteien wie der GewerkschaftsbürokratInnen anknüpfen. IGM-Chef Zwickels "Arbeitsmarktquoten für Nicht-EU-Ausländer" oder die von IG BAU und Polizei gemeinsam betriebene Hetzjagd auf "Illegale" düngen den Boden für die Nazi-Propaganda und liefern so die Arbeiterbewegung ans faschistische Messer: *Feuert die rassistische Gewerkschaftsführung! Für gewerkschaftlich organisierte (Selbst-)Verteidigungskomitees gegen rassistische und faschistische Gewalt!*

Je stärker die klassenübergreifende "Volksgemeinschaft" gegen den Klassenkampf geschmiedet werden soll, um so deutlicher geht die Bourgeoisie von der Unterdrückung der Arbeiterbewegung und der rassistischen Diskriminierung und Vertreibung zur Vernichtung über. Linke, Arbeiterbewegung und ImmigrantInnen müssen den Nazi-Banden zuvorkommen und diese zerschlagen. Deshalb:
*Verhindert den Nazi-Aufmarsch am 1. Mai!
 Kein Vertrauen in Staat und Polizei!*